



Regierungsratsbeschluss vom 31. Oktober 2017

Änderung der Vereinbarung über die grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit in den Kantonen Basel-Landschaft und Basel-Stadt / PARTNERSCHAFTLICHES GESCHÄFT

P171556

1. Der Regierungsrat genehmigt die Vereinbarung über die grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit in den Kantonen Basel-Landschaft und Basel-Stadt.
2. Die Vereinbarung über die grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit in den Kantonen Basel-Landschaft und Basel-Stadt tritt per 1. Januar 2018 in Kraft.
3. Die Beschlüsse in den Ziffern 1 und 2 gelten unter dem Vorbehalt, dass die beiden Regierungsräte des Kantons Basel-Stadt und des Kantons Basel-Landschaft übereinstimmend Beschluss fassen.

Begründung

In den letzten Jahren hat sich die Zusammenarbeit zwischen den beiden kantonalen Polizeikorps ganz erheblich gewandelt. Sie ist enger geworden und auf beiden Seiten ist das Bewusstsein gewachsen, dass manche Ereignisse nur im Zusammenwirken der beiden Polizeikorps effizient, ressourcenschonend und sachgerecht bewältigt werden können. Mit der totalrevidierten Vereinbarung wird die Zusammenarbeit der beiden kantonalen Polizeikorps den aktuellen Herausforderungen angepasst. Gleichzeitig werden die Verfahren einfacher und rascher ausgestaltet.

